



Memorandum

des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen Saarland

zum Auslaufen des Steinkohlebergbaues in Deutschland

Düsseldorf am 12. September 2018

Heute, am 12.09.2018 findet im Landtag Düsseldorf ein feierlicher Festakt zum definierten Ende des Steinkohlebergbaues in Deutschland statt. Eingeladen haben die Landtagspräsidenten der beiden Kohle-Revierländer Saarland und Nordrhein Westfalen.

Das Ende des "schwarzen Goldes"!

Gefeiert wird die lange Geschichte des deutschen Bergbaues. Dies hat seine Berechtigung in der identitätsstiftenden Wirkung des "schwarzen Goldes" für NRW und das Saarland.

Die Steinkohle hatte überragende Bedeutung für die erfolgreiche Industrialisierung und als wesentliche Grundlage des Aufstiegs Deutschlands zur Wirtschaftsmacht in den zurückliegenden beiden Jahrhunderten. Unstrittig ist, dass der Bergbau eine Grundlage des wirtschaftlichen Aufstiegs in Deutschlands war. Erwiesen ist aber auch, dass der Bergbau von Bund und Ländern mit Milliardenbeträgen subventioniert und dadurch künstlich am Leben erhalten wurde – bis heute.

Der Steinkohlenbergbau war einer der größten Empfänger staatlicher Finanzhilfen in der Bundesrepublik. Für die Beschäftigten ist der Ausstieg aus dem Bergbau sozialverträglich abgedeckt – kein Bergmann fällt ins Bergfreie.

Die Bergbaubetroffenen Deutschlands sehen die Nach-Kohle-Zeit äußerst kritisch:

Bedauerlicherweise ist den vom Bergbau betroffenen Menschen und Kommunen in der Vergangenheit und Gegenwart nicht die gleiche Aufmerksamkeit hinsichtlich der gesundheitlichen und finanziellen Folgen des Bergbaues zuteil geworden. Immer standen die Bergleute und die Bergbaukonzerne im Vordergrund der Politik aller etablierten Parteien. Die Kohle wurde immer politisch instrumentalisiert, das Arbeitsplatzargument vorgeschoben.

Die Menschen und Kommunen in den Bergbauregionen aber werden weit über das Ende des aktiven Steinkohlebergbaus dessen schädliche Nachwirkungen zu spüren haben.

Die Bergbaubetroffenen fordern, dass die Abwendung möglicher weiterer Schäden für Mensch, Natur und Infrastruktur in den Bergbauregionen jetzt mit der gleichen Aufmerksamkeit beachtet wird, wie vorher der Sozialschutz der Bergleute und die staatliche Subventionierung der RAG.

Die RAG als Bergbaukonzern und die Gewerkschaft der Bergleute IGBCE, leisten auch heute noch erfolgreichste Lobbyarbeit und konnten Milliarden Euro Steuergelder für die Förderung und den Ausstieg aus der Kohle sichern, obwohl das Ende des Bergbaus seit Jahren ökonomisch und ökologisch längst angezeigt war. Diese Politik wurde niemals in Frage gestellt.

Dahingegen mussten die vom Bergbau betroffenen Menschen und Kommunen für die Wahrung ihre Rechte immer wieder kämpfen. Das Berggesetz schützte die RAG. Die genehmigungsgewebenden Bergbaubehörden stützten durch ihre „Bergbauorientierte Genehmigungspraxis“ den für Mensch und Natur schädlichen und zudem unwirtschaftlichen Bergbau. Die aktuellen Planungen der RAG zur flächendeckenden Grubenflutung der Bergwerke mit Schäden in nie da gewesenem Ausmaß, passen exakt in die Mimik der politischen Akteure. Die finanziellen und ökologischen Kosten trägt der Bürger und Steuerzahler!

Die zahlreichen Verfahren der Bergbaubetroffenen und Kommunen, bis zu den höchsten Gerichten der Bundesrepublik, belegen, wie mühevoll Bergbaubetroffene für ihre Rechte kämpfen mussten. – **Es war und ist auch weiterhin ein Kampf David gegen Goliath!**

Grubenflutung: Alle Fakten auf den Tisch!

Die realen Ängste der Betroffenen, dass diese Belastungen und Risiken für die Gesundheit der Menschen, für das private und kommunale Vermögen, die Infrastruktur und die Natur auch für die nächsten Generationen noch nicht ausgestanden ist, wird durch den Blick in schon von der Grubenflutung betroffenen Regionen verstärkt.

In Nordrhein-Westfalen sind große Gebiete, Regionen um 30 m abgesenkt. Mit 1.115 Pumpwerken muss sowohl das gesamte Niederschlags- und Quellwasser als auch das Haushalts-Abwasser weggepumpt werden.

Die Flutung beinhaltet ein seismisches Risiko in den ehemals betroffenen Gebieten und darüber hinaus in sich. Erdbeben können an natürlichen Störzonen durch die geplanten Flutungsaktivitäten ausgelöst werden. Die Stärke der zu erwartenden Erdbeben wird sich mindestens an den Magnituden und Schwinggeschwindigkeiten der Erdbeben aus dem aktiven Bergbau messen lassen. Die neue Schadenswirkung durch die Flutung wird sich nicht an Einwirkungslinien des jemals stattgefundenen Bergbaues orientieren, das Wasser wird die Schäden weit darüber hinaus tragen.

Damit stehen die deutschen Steinkohlebergbauregionen vor einer enormen, intergenerativen Aufgabe: Wie werden die Folgewirkungen des Bergbaus für Mensch, Umwelt, Infrastruktur und Gemeinwesen so bearbeitet, dass die Menschen weiterhin in intakten Strukturen und Gemeinwesen unbeschadet von Gesundheits-, Qualitäts- und Vermögenseinbußen leben können?

Die beiden Revierländer Saarland und Nordrhein-Westfalen werden durch die negativen Auswirkungen des Bergbaues für die nächsten Jahrzehnte noch weiter im Ranking der meist verschuldeten Bundesländer nach unten fallen. Die sogenannten heutigen "Geberländer" werden nicht auf Dauer bereit sein diese Schuldenlast über den Länderfinanzausgleich mitzutragen. Im Hinblick auf die historische Leistung der beiden Revierländer in der Bereitstellung kostengünstiger Energie in den vorangegangenen Jahrhunderten für Gesamtdeutschland und den heute zu tragenden entwicklungshemmenden Nachteilen ist die Frage nach einer Ausgleichzahlung für die "ehemaligen Geberländer" angebracht.

Über 7000 Einwendungen privater Hausbesitzer, über 100 Einwendungen von Firmen, Verbänden und Kommunen im Saarland, sowie 8550 Unterschriften unter die Onlinepetition des saarländischen Landesverbandes der Bergbetroffenen sind mehrmals als ein öffentlicher Hilferuf der Betroffenen an die Zuständigen und Verantwortlichen in den Behörden, an die RAG und an die beiden Länderregierungen im Saarland und Nordrhein-Westfalen sowie an die Bundesregierung ergangen.

Eine politische Reaktion auf diesen breiten öffentlichen Protest steht immer noch aus. Die saarländische Landesregierung bemüht gar den Grundsatz der Objektivität von Verwaltungsverfahren, um keine klare politische Stellung beziehen zu müssen.

Eine aktive, gleichberechtigte Einbeziehung der Bergbaubetroffenen des Saarlandes und von Nordrhein Westfalen durch Beteiligung an den laufenden Prozessen, Planungen und Entscheidungen zur Grubenflutung sind unabdingbar.

Eine Grubenflutung in den beiden ehemaligen Steinkohlerevieren darf nicht ohne eine – bislang ausstehende – umfassende Risikobewertung durch Behörden und Politik genehmigt werden.

Konkret sind diese folgenden Forderungen des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen des Saarlandes zu erfüllen:

- Für die Planung der Grubenflutung müssen zwingend Abschlussbetriebspläne vorgelegt werden, die den gesetzlichen Grundlagen und den Vorgaben des Wasserrechts und einer Umweltverträglichkeitsprüfung entsprechen.
- Diese Abschlussbetriebspläne müssen die erforderliche Vorsorge gegen Gefahren für Leib und Leben sowie Gesundheit und zum Schutz von Sachgütern, den Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs treffen.
- Das Verfahren muss mit Öffentlichkeitsbeteiligung transparent gestaltet sein.

- Keine Genehmigung bei entgegenstehenden öffentlichen, kommunalen Interessen oder der Beeinträchtigung der Planungshoheit der Kommunen.
- Wir fordern ein Gesamtkonzept auf Grundlage einer neutralen Begutachtung der negativen Auswirkungen und Folgeschäden durch Radon- und Methanausgasungen, Hebungen, Senkungen, Tagesbrüche, bergbauinduzierte Erdbeben, Vernässungen, Überflutungen, Verunreinigung und Gefährdung des Grund- und Trinkwassers.
- Es darf keine weiteren negativen Auswirkungen des Bergbaues auf die Schutzgüter Mensch, Natur, und Kulturgüter geben.
- Eine Änderung und Anpassung des BBergG an die Grubenflutung – insbesondere die vollständige Kompensation von Nachbergbaubedingten Schäden – muss vorgenommen werden (Bergschadensvermutung auch für Schäden über Einwirkungsbereich des aktiven Kohleabbaus eines Bergbaubetriebes hinaus zulassen) – auch und gerade im Hinblick auf die nächsten Generationen und die Zukunftsfähigkeit der Revierländer!
- Wir fordern Sitze für die Bergbaubetroffenen und die bergbaubetroffenen Kommunen des Saarlandes und Nordrhein-Westfalens in der Kohlestiftung und in der neu gebildeten Kohlekommission: „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.
- „Soli“ (EU-Mittel) für die Betroffenen Regionen. Die finanziellen Mittel für den Ausstieg aus der Kohle und den zwingend notwendigen Strukturwandel und Transformationsprozess in den betroffenen Regionen sind bereit zu stellen.

Wir bitten Sie, die Forderungen der Bergbaubetroffenen mit aller gebotenen Ernsthaftigkeit zu erwägen, zu unterstützen und umzusetzen.

Mit dem heutigen Tag und dem Abschluss dieser Feierlichkeiten erwarten Hunderttausende von Bergbaubetroffenen in Deutschland, dass Sie sich als verantwortliche Politiker schützend vor die Menschen stellen und intergenerative Verantwortung übernehmen.

In einer Zeit des erschütterten Vertrauens in etablierte Politik und Parteien fordern wir von den politisch Handelnden, ihrer Verantwortung für die vom Bergbau betroffenen Menschen, Kommunen und Regionen durch proaktive Für- und Vorsorge gerecht zu werden!

Pressekontakt:

Landesverband der Bergbaubetroffenen Saarland e.V.

Frau Dr. Patricia Bauer

+49 163 1580620

pakbauer@t-online.de

<http://www.igab-saar.de>

Landesverband der Bergbaubetroffenen NRW

Ulrich Behrens

+49 1772 990053

lvbb-nrw@gmx.de